

SHORT NEWS

Vergewaltigung als Kriegswaffe

(avt) - Manchmal sind selbst renommierte Preise eine gute Sache, indem sie Themen an die Öffentlichkeit bringen, die ansonsten kein Schwein interessieren würden. Wie im Falle der Auszeichnung des kongolesischen Frauenarztes Denis Mukwege, dem am Mittwoch vom Europäischen Parlament der Sacharow-Preis verliehen wurde. Seit Jahren setzt sich Mukwege für Frauen ein, die während des Bürgerkriegs im Kongo Opfer von Massenvergewaltigungen wurden. Der Körper der Frau sei im Kongo „ein regelrechtes Schlachtfeld“ geworden, meint Mukwege, der in den letzten Jahren die Genitalverstümmelungen Hunderter von Frauen behandelt hat und dafür plädiert, Massenvergewaltigungen als „Kriegswaffe“ einzustufen. Die Bedrohung und Vergewaltigung von Frauen wird im Kongo mehr und mehr zur militärischen Strategie. Besonders in Ländern, wo die Justiz außer Kraft gesetzt ist, kommt es verhäuft zu militärischer Gewalt, die nicht geahndet wird. Vergewaltigungen werden hier als Instrument zur ethnischen Vertreibung eingesetzt, wobei auch westliche Armeen klar Versäumnisse zu verantworten haben. Mukwege prangert den fehlenden politischen Willen an, die Täter zu verfolgen. „Wir können und wir werden den Kongo wieder gesunden lassen“ sagte Mukwege anlässlich der Preisverleihung in Straßburg. Der Preis sei ein Zeichen, dass der Rest der Welt das Leid im Kongo nicht vergessen habe. 1988 wurde der mit 50.000 Euro dotierte Preis „für geistige Freiheit“ des Europäischen Parlaments erstmals an Nelson Mandela verliehen.

Caméras sans surveillance

(lc) - Il semble que ni la Commission nationale de la protection des données (CNPD), ni le gouvernement en général n'aient pris au sérieux les graves dysfonctionnements déjà révélés par les « Medico-Leaks ». Comme les collègues du Tageblatt l'ont fait savoir lundi, les images de 16 caméras de surveillance luxembourgeoises - privées a priori - pouvaient être visionnées sur un site russe. Avant de crier au « hacker criminel », on devrait prendre en compte le fait que l'homme derrière ces « leaks » n'a presque rien fait de plus que le pirate Clement quand il a copié le mot de passe de la banque de données médico-sportive. En effet, les mots de passe à la « 12345 » pour assurer la sécurité d'une caméra de surveillance, donc aussi de toutes les personnes qui inconsciemment passent devant, sont d'une irresponsabilité presque criminelle. Par conséquent, cela n'étonnera personne que les pirates aient pris les devants et que leur président ait porté plainte et interpellé la CNPD. Mais que Luxembourg se rassure : sur le site www.insecam.org, on peut trouver de très longues listes de caméras « sans surveillance » dans de nombreux pays. D'ailleurs, sans surprise, c'est l'Angleterre qui se retrouve au top, avec 38 caméras.

TTIP : Signez, éliminez !

(lm) - « On n'impose pas de démocratie par le haut, celle-ci se construit du dessous ! » C'est en invoquant ce principe que l'initiative citoyenne européenne (ICE) contre les traités de libre-échange TTIP et Ceta est repartie à l'attaque. Rappelons que cette initiative, déposée en juillet dernier, avait été déclarée irrecevable par la Commission européenne en septembre. Le 10 novembre, le comité des citoyens de l'ICE avait déposé plainte devant la Cour de justice de l'Union, tout en organisant une manif grâce à ses relais luxembourgeois (woxx 1293). Parallèlement à la bataille juridique a été lancée, début octobre, une « initiative citoyenne européenne auto-organisée ». Cela signifie que des signatures en ligne ou sur papier sont collectées, comme s'il s'agissait d'une ICE « homologuée ». Le succès semble donner raison à ceux qui persistent... et signent : le 27 novembre, les 950.000 signatures ont été dépassées. Comme il faut atteindre un million, mais aussi certains seuils par pays, cela ne suffit pas encore pour valider - symboliquement - l'ICE. Alors que, en Allemagne, le seuil a été largement dépassé, la France piétine avec 41 pour cent des signatures nécessaires. Quant au Luxembourg, il manque encore un peu plus de 1.300 signatures (<http://stop-ttip.org/fr/signer>).

CITIZEN

RÉFORME ADMINISTRATIVE

Verschlimmbesserung

Mouvement écologique

„Nein zu Verschlechterungen für BürgerInnen - ja zu weitreichenderen Reformen!“ meint der Meco zum „Omnibus-Gesetz“.

Mit dem „Omnibus-Gesetz“ sollen Prozeduren unterschiedlicher Gesetze vereinfacht werden, dies vor allem im Umwelt- und kommunalen Planungsbereich. Hinter dieser Reform verstecken sich Vorstellungen darüber, welche Rechte BürgerInnen zuerkannt werden, welche gesellschaftlichen Prioritäten gesetzt werden sollen und wie schlussendlich eine gute „gouvernance“ im Interesse aller erfolgen kann.

Der Meco ist der Überzeugung, dass Prozeduren vereinfacht werden sollen. Aber: Knapp ein Dutzend der Neuerungen würden direkte negative Konsequenzen für die BürgerInnen oder die Gestaltung der Gemeinden haben, sowie problematische Präzedenzfälle im Interesse der Betriebe darstellen. Diese Unausgewogenheit ist wohl u.a. dadurch zu erklären, dass im Vorfeld zwar mit Wirtschaftskreisen, nicht aber mit Akteuren der Zivilgesellschaft, wie den Umweltschutzorganisationen, gesprochen wurde.

Es ist eine Errungenschaft, dass die Entwicklung der kommunalen Flächennutzungspläne (PAG) gemäß festgelegten Standards, einer fachlichen Analyse und der Erstellung von Entwicklungsszenarien beruht. Dies erfolgt im Rahmen der sogenannten „étude préparatoire“. (...) Wer diese in ihrer Essenz in Frage stellt, öffnet schlussendlich Tür und Tor für subjektive und kurzfristig orientierte Interessen auf Kosten nachvollziehbarer und langfristig orientierter kommunaler Entwicklungsszenarien.

Mit Nachdruck stellt sich der Mouvement Ecologique zudem gegen den vorgeschlagenen Weg, in Zukunft die alleinige Verantwortung für die Genehmigung von Werbetafeln den Gemeinden zuzuschreiben, und den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen. (...) Dies riskiert zu einer unterschiedlichen Handhabung von Gemeinde zu Gemeinde, einem Wildwuchs an Werbetafeln und einer weiteren Lichtverschmutzung in unseren Ortschaften und in der Landschaft zu führen.

Der Meco bleibt der Überzeugung, dass das Allgemeinwohl über den Partikularinteressen von Grundstücksbesitzern stehen muss. (...) Die aktuellen diesbezüglichen Bestimmungen sollten deshalb nicht, wie beabsichtigt, gestrichen werden.

Vor dem Gesetz sollten alle gleich sein: Dieses Grundprinzip muss auch

für wirtschaftliche Betriebe gelten. Dass Betriebsgenehmigungen auch angefragt werden und die vorgesehene Prozedur durchlaufen können, wenn ihr Standort (zum Zeitpunkt der Anfrage) im Widerspruch zum Flächennutzungsplan der Gemeinde ist, ist nicht hinnehmbar.

Effizienz vs. Qualität

(...) Wer glaubt, so wie dies im Rahmen des Omnibusgesetz vorgeschlagen wird, den Staat dadurch effizienter zu gestalten, dass fachliche Gutachten innerhalb von stark verkürzten Fristen erstellt werden müssen, der irrt. (...) Insofern sollten die realen Möglichkeiten einer wirklichen Zeitersparnis erkundet werden und nicht die Qualität der Arbeit für einen vermeintlichen Zeitgewinn von ein bis zwei Monaten geopfert werden.

Rechtsprinzip ist derzeit, dass die Rechte von Dritten nicht durch fehlerhaftes Handeln der Verwaltungen geschädigt werden dürfen. Wer nun, wenn auch in begrenztem Ausmaß den „accord tacite“ (bei Nicht-Antwort einer Verwaltung in bestimmten Fällen bei der Überarbeitung eines PAP) einführen will, stellt dieses fundamentale Rechtsprinzip in Frage. Wer die „simplification administrative“ zu stark ausschließlich auf die Rechte von Betrieben fokussiert, verliert die BürgerInnen aus den Augen. Auch ihnen gilt es, zusätzlich zu den sehr wenigen im „Omnibus-Gesetz“ vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus, verbreitete Rechte zuzugestehen (...). Die Erstellung eines regelrechten „Code des relations entre le public et les administrations“ nach französischem Vorbild wäre eine sinnvolle Initiative in dieser Richtung.

Der Meco erinnert an zahlreiche von ihm wiederholt angeregte Verbesserungen, die bis dato nur begrenzt oder gar nicht angegangen wurden, so z.B. eine vulgarisierte und didaktische Darstellung von administrativen Prozeduren; der Ausbau der Bürgerrechte u.a. durch einen verbesserten Zugang zu Informationen, die Benennung von zuständigen Ansprechpartnern für die Bearbeitung von Dossiers und Arbeitsbereichen in Ministerien und Verwaltungen; eine frühere Einbindung von BürgerInnen in Entscheidungsprozesse.

Insofern gilt es die „simplification administrative“ als ein Element einer reformierten „gouvernance“ zu sehen und sie zusätzlich in den Dienst aller BürgerInnen zu setzen. Auch soziale und ökologische Bürgerinteressen und deren Reformansprüche müssen in die weitere Debatte integriert werden.